

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Olaf in der Beek, Frank Sitta,
Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/31448 –**

Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen der UN-Ozeandekade

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 5. Dezember 2017 haben die Vereinten Nationen die „UN-Dekade der Ozeanforschung für nachhaltige Entwicklung“ (kurz: UN-Ozeandekade) angekündigt. Diese hat am 1. Juni 2021 offiziell begonnen und wird bis zum Jahr 2030 andauern (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/un-dekad-e-meeresforschung-1919810>).

Die Bedeutung der Meere ist für viele Bereiche des Lebens immens. 71 Prozent der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Sie bieten mehr als 3 Milliarden Menschen Nahrung und spielen eine wesentliche Rolle für den Welt-handel, Tourismus, fossile Brennstoffe und erneuerbare Energien. Weltweit sind Ozeane 24 Bio. US-Dollar wert, so ein Bericht vom World Wildlife Fund. Die Meere haben auch eine zentrale Bedeutung als Lebensraum für verschiedenste Arten. Zudem stabilisieren sie das Klimasystem, speichern Wärme und üben Einfluss auf das Wetter aus (<https://www.kooperation-international.de/aktuelles/nachrichten/detail/info/un-dekade-der-ozeanforschung-fuer-nachhaltig-e-entwicklung-2021-2030-hat-begonnen/>).

Ozeane sind daher für den Klimaschutz von entscheidender Bedeutung. Dennoch geben Staaten im Durchschnitt nur 1,7 Prozent ihres Forschungsbudgets für die Ozeanwissenschaften aus, wie dem von der zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission (IOC) der UNESCO im Dezember 2020 veröffentlichten Global Ocean Science Report zu entnehmen ist. Laut dieses Berichts investiert die Bundesrepublik Deutschland nur 0,5 Prozent ihres gesamten Forschungsetats in die Erkundung der Ozeane (<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000375147/PDF/375147eng.pdf.multi>).

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sieben Ziele für die Dekade der Ozeanforschung für nachhaltige Entwicklung bis zum Jahr 2030 beschlossen. Es soll ein sauberer, gesunder, produktiver, vorausschauender, sicherer, zugänglicher und inspirierender Ozean erreicht werden.

Wissenschaft und Forschung sind notwendig, um eine nachhaltige Entwicklung der Meere zu ermöglichen und gleichzeitig die Ozeane zu schützen. Dadurch ist es möglich, Prognosen über Veränderungen der Ozeane zu treffen, Schäden zu minimieren und die Nutzbarkeit der Meere für die Menschen zu optimieren.

In Deutschland hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Forschungsprogramm MARE:N – Küsten-, Meeres- und Polarforschung für Nachhaltigkeit ins Leben gerufen, um „einen deutschen Beitrag“ zur UN-Ozeandekade zu leisten (https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/MARE_N.pdf).

1. Inwiefern hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren behördenübergreifend Vorbereitungen für die UN-Dekade zur Ozeanforschung getroffen?

Welche Behörden waren in welchem Ausmaß an diesen Vorbereitungen beteiligt?

Zur Umsetzung der Dekade in Deutschland wurde das Deutsche Ozeandekaden Komitee gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Inhalte der Dekade zu kommunizieren, die nationalen Stakeholder zu vernetzen und die nationalen Beiträge zur Dekade zu koordinieren. Zu diesem Zweck setzte die Deutsche Sektion der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der UNESCO (IOC) das Komitee mit Vertreterinnen und Vertretern aller Stakeholder-Gruppen ein. In Arbeitskreisen werden weitere wichtige Partner beteiligt. In der Deutschen IOC-Sektion sind alle zuständigen Ressorts und Behörden vertreten. Das Sekretariat ist am Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) angesiedelt.

2. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der UN-Ozeandekade bei, und wie soll diese aus Sicht der Bundesregierung die Ozeanforschung verändern und beeinflussen?

Die UN-Ozeandekade ist verknüpft mit der Agenda 2030, einem von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Die UN-Ozeandekade zielt darauf ab, die Voraussetzungen für das Erreichen der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, SDGs) entscheidend zu verbessern. Entsprechend misst die Bundesregierung der UN-Ozeandekade eine hohe Bedeutung zu.

Als größtes Ökosystem der Erde haben der Ozean und die Meere eine wesentliche Bedeutung für das Überleben der Natur und der Menschheit. Die Meere und Ozeane sind jedoch bedroht und damit auch unsere Existenzgrundlage. Ziel der UN-Ozeandekade ist es, das Wissen über die Rolle und Bedeutung des Ozeans stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken und einen nachhaltigen Umgang mit dem Ozean zu erreichen. Hierzu sind Wissenschaft und Forschung aufgefordert, sich mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, der Zivilgesellschaft, der Kultur und der Wirtschaft zusammenzufinden, um die Meeres- und Ozeanforschung weiter voranzutreiben.

3. Welche Rolle spielt die Bundesregierung im nationalen Ozeandekaden-Komitee, das von der deutschen Sektion der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission eingerichtet worden ist?

Das Ozeandekaden-Komitee setzt sich aus insgesamt elf Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Für den Bereich Verwaltung ist die Präsidentin des BSH Mitglied des Komitees. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Inwiefern sind die Ziele der UN-Ozeandekade in die Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung integriert worden?

Die Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung adressiert in vielfältiger Form die Zielsetzungen der UN-Ozeandekade.

5. Wie bewertet die Bundesregierung den Status quo der deutschen Ozeanforschung?

Die deutsche Meeresforschung hat eine hohe Leistungsfähigkeit, die international anerkannt wird. Die Meeresforschung ist in Deutschland gut finanziert und verfügt über eine hervorragende Infrastruktur.

6. Wie gestaltet sich die Kooperation der Bundesregierung mit anderen Staaten zur Ozeanforschung?

Mit welchen Staaten und Akteuren und in welchem Rahmen erfolgen diese Kooperationen?

Die Bundesregierung setzt sich aktiv im Rahmen des Antarktisvertrages, des Arktischen Rates und der Zwischenstaatlichen Ozeanografischen Kommission der UNESCO für die Meeresforschung ein und hat das Thema Meeresforschung im Jahr 2015 auf die Agenda der G7 gesetzt.

Die deutsche Meeresforschungsgemeinschaft ist international hervorragend vernetzt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt diese Vernetzung mit gezielten Fördermaßnahmen. So ist das BMBF z. B. Gründungsmitglied der zwischenstaatlichen Organisation „Joint Programming Initiative Healthy and Productive Seas and Oceans“, dem 20 europäische Staaten angehören. Ziel ist es, die nationalen Forschungsaktivitäten im Bereich der marinen und maritimen Forschung zu koordinieren und gemeinsame Forschungsschwerpunkte zu initiieren.

Des Weiteren unterhält das BMBF eine Reihe an bilateralen Forschungsk Kooperationen im Bereich der Ozeanforschung, etwa mit Russland, China und Israel.

7. Wie bewertet die Bundesregierung den aktuellen Stand sowie die Perspektiven der Erforschung der deutschen Meere?

Die deutsche Meeresforschung ist gut aufgestellt, um die gesellschaftlichen Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung der marinen Lebensräume und eine nachhaltige Nutzung mariner Ressourcen wissenschaftlich zu begleiten und das erforderliche Handlungswissen zu generieren.

Die Gründung des vom Bund und den fünf norddeutschen Ländern geförderten Deutschen Allianz Meeresforschung e.V. ist ein wichtiges Signal, um der deutschen Meeresforschung zu noch mehr internationaler Sichtbarkeit und größerer Wirksamkeit zu verhelfen, um im Verbund Lösungen für den Meeresschutz und eine nachhaltige Nutzung zu ermöglichen.

8. Welche konkreten Projekte, Veranstaltungen und finanziellen Investitionen sind seitens der Bundesregierung für die UN-Ozeandekade geplant?

Deutschland hat gemeinsam mit der IOC am 1. Juni 2021 mit der „First International Ocean Decade Conference“ den Start der UN-Ozeandekade in Form einer digitalen Veranstaltung ausgerichtet.

Anknüpfend an die High-Level-Auftaktveranstaltung finden von Juli 2021 bis Mai 2022 die „Ocean Decade Laboratories“ statt. Die Veranstaltungsreihe widmet sich den sieben offiziellen Zielen der Dekade und den zentralen Eigenschaften des Ozeans der Zukunft. In diesen „Decade Laboratories“ werden von internationalen Expertinnen und Experten konkrete Forschungsfragen und Handlungsoptionen rund um einen nachhaltigen Umgang mit den Meeren und Ozeanen diskutiert. Drei- bis vierstündige Kernveranstaltungen werden seitens des BMBF in Zusammenarbeit mit der IOC-UNESCO organisiert und leiten die Laboratories ein. Für die damit verbundenen Satellite Activities sind Forschungsinstitutionen, NGOs sowie Kunst- und Kultureinrichtungen, Verbände und Vereine aufgerufen, Vorschläge einzureichen. Die vielfältigen Veranstaltungsformate ermöglichen einen Austausch von Akteurinnen und Akteuren in verschiedenen Regionen und Zeitzonen der Welt.

9. Inwiefern hat die Bundesregierung die Ziele der UN-Ozeandekade in Deutschland jenseits des Forschungsprogramms MARE:N in anderen Programmen oder Strategien angepasst?

Das Forschungsprogramm der Bundesregierung MARE:N ist der deutsche Beitrag zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 14 „Leben unter Wasser“ (SDG 14) der UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030 und damit auf die Ziele der UN-Dekade ausgerichtet.

Die Strategien bzw. Aktionspläne der regionalen Meeresschutzübereinkommen OSPAR und HELCOM werden aktuell für den Zeitraum bis 2030 aktualisiert und sollen auch zur Erreichung der Ziele der UN-Ozeandekade beitragen.

10. Plant die Bundesregierung, das Forschungsbudget für Ozeanforschung zu erhöhen?
Wenn ja, in welcher Höhe?
Wenn nicht, weshalb nicht?

Die aktuell bereit gestellten Mittel sind angemessen und ausreichend, um den hohen wissenschaftlichen Standard zu halten und das internationale Ansehen Deutschlands in der Meeresforschung weiter zu entwickeln.

11. Ist der geplante Ressortkreis der Ministerien, die sich an der UN-Ozeandekade beteiligen sollen, schon eingerichtet worden?
Wenn ja, wie oft hat dieser getagt, und welche Initiativen von diesem Kreis wurden schon beschlossen?
Welche Entscheidungen wurden vom Kreis bislang getroffen?
Wenn nicht, weshalb nicht?

Der Ressortkreis wurde noch nicht eingerichtet.

12. Ist das geplante „Forum Marine Forschung“, das u. a. die Forschungsaktivitäten mit den Bundesländern koordinieren soll, schon eingerichtet worden?

Wenn ja, welche Initiativen von diesem Kreis wurden schon beschlossen?

Welche Entscheidungen wurden vom Forum bislang getroffen?

Wenn nicht, weshalb nicht?

Die konstituierende Sitzung des „Forums Marine Forschung“ fand am 30. Juli 2015 statt. Das Gremium dient sowohl dem allgemeinen Informationsaustausch in allen Bereichen der Meeresforschung (Grundausrüstung, Investitionsmaßnahmen etc.) als auch der strategischen Umsetzung des Forschungsprogramms MARE:N. Beschlüsse mit bindendem Charakter sind nicht Gegenstand des Gremiums.

In den vergangenen sechs Jahren wurden in diesem Rahmen zahlreiche Empfehlungen gegeben und Initiativen entwickelt. Dies sind z. B. gemeinsame Aktionen im Wissenschaftsjahr „Meere und Ozeane“ in den Jahren 2016/17 sowie die Durchführung von Agendaprozessen zur Umsetzung des Programms MARE:N.

Das Forum Marine Forschung hat am 9. Juli 2020 seine zehnte Sitzung durchgeführt. Wichtiges Thema war die Vorbereitung der Ersten Internationalen Ozean Dekaden Konferenz, die von Deutschland gemeinsam mit der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der UNESCO 2021 durchgeführt wurde.

13. Wie bewertet die Bundesregierung die mögliche Schaffung der Stelle eines oder einer „Beauftragten für die Weltmeere/für Meeresschutz“ oder ähnlich lautend, die z. B. im Bundeskanzleramt angesiedelt wäre?

Diese Frage ist nicht Bestandteil aktueller Beratungen der Bundesregierung.

14. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Schaffung weiterer Meeresschutzgebiete zu unterstützen, und wird diese Thematik im diplomatischen Austausch mit China und Russland zur Sprache gebracht?

Die Bundesregierung setzt sich für die Unterschutzstellung von mindestens 30 Prozent der Meere weltweit ein. Dazu ist Deutschland im Mai 2020 der Global Ocean Alliance und im Januar 2021 der High Ambition Coalition for Nature and People beigetreten.

Um auch in Meeresgebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt ein Verfahren zur Ausweisung global anerkannter und sektorübergreifender Meeresschutzgebiete zu schaffen, setzt sich die Bundesregierung – gemeinsam mit der EU und ihren Mitgliedstaaten – für ein ambitioniertes neues Durchführungsübereinkommen zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere außerhalb nationaler Hoheitsbereiche ein (Biodiversity Beyond National Jurisdiction – BBNJ). Die für August 2021 geplante vierte Regierungskonferenz ist im Juni pandemiebedingt von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf einen noch zu definierenden frühestmöglichen Termin im Jahr 2022 verschoben worden.

Zudem bemüht sich die Bundesregierung seit dem Jahr 2012, ebenfalls gemeinsam mit der EU und ihren Mitgliedstaaten, im Rahmen der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze in der Antarktis (CCAMLR) ein Meeresschutzgebiet in der Antarktis (Weddellmeer) einzurichten.

Die Thematik der Schaffung weiterer Meeresschutzgebiete ist regelmäßig Bestandteil auch im diplomatischen Austausch mit China und Russland, u. a. im Rahmen der Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen im April 2021. Die Bundesregierung engagiert sich z. B. im Rahmen des regionalen Meeresschutzübereinkommens für den Nordost-Atlantik (OSPAR) intensiv für die Ausweisung von Schutzgebieten in Gebieten außerhalb nationaler Rechtsprechung, so u. a. für das Schutzgebiet „North Atlantic Current and Evlanov Seamount Marine Protected Area (NACES MPA) – eine Entscheidung wird anlässlich des OSPAR-Ministertreffens am 1. Oktober 2021 erwartet – sowie das „Arctic High Seas MPA“, zu dem die OSPAR-Kommission mit dem Arktischen Rat im Austausch ist.

15. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Vernichtung von Munitionsaltlasten nun voranzutreiben, und werden dafür finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt?

Vor dem Hintergrund der Anfang 2019 bekannt gewordenen Forschungsergebnisse zur Belastung von Meeresumwelt und -lebewesen mit Transformationsprodukten sprengstofftypischer Verbindungen sind die fachlich und politisch betroffenen Bundesressorts unter Koordination des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) zeitnah in einen Austausch darüber eingetreten, wie mit den Forschungsergebnissen umzugehen sei.

Im Rahmen eines vom BMU initiierten Staatssekretärstreffens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) Ende Juni 2021 wurde die Mobilisierung von weiteren Mitteln im Rahmen der Finanzierungskompetenz von Bund und Ländern besprochen. Im laufenden Haushalt konnten in den betroffenen Einzelplänen über die ohnehin dort schon fachbezogenen veranschlagten Mittel unmittelbar keine weiteren Mittel mit entsprechender Zweckbindung identifiziert werden. Bis zu einem weiteren Gesprächstermin im Spätsommer 2021 soll eine Verifizierung erfolgen und dem Konzept zur Pilotierung eine Langfristperspektive der Bundesregierung zur Seite gestellt werden.

Die Überlegungen der Bundesregierung für ihr Tätigwerden gründen dabei hauptsächlich auf der Bewertung, zur Verhinderung wesentlicher Schädigungen der Meeresumwelt vorsorgend tätig zu werden, dies unverändert ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung. Wegen der Menge versenkter Munitionskörper sowie mit Blick auf deren sehr unterschiedliches Gefährdungspotential sollten mögliche Beräumungsaktionen an Schwerpunkten nach einer Priorisierung zu u. a. Zugänglichkeit und Erhaltungszustand erfolgen.

16. Inwiefern plant die Bundesregierung, im Rahmen der UN-Ozeandekade das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Meere (u. a. für den Klimaschutz) zu stärken?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

17. Inwiefern plant die Bundesregierung, in Zukunft die Meere zur Energiegewinnung zu nutzen und Technologien zu diesem Zweck zu fördern?

Die Bundesregierung hat im Windenergie-auf-See-Gesetz die Ausbauziele von 20 Gigawatt Kapazität bis zum Jahr 2030 und 40 Gigawatt bis zum Jahr 2040 festgelegt; aktuell sind bereits 7,7 Gigawatt Leistung installiert. Anzulegende Werte für eine evtl. Förderung der Stromerzeugung werden in jährlichen Ausschreibungen wettbewerblich ermittelt.

18. Plant die Bundesregierung, Unternehmen und insbesondere Start-ups, die sich in besonderer Weise dem Meeresschutz verschrieben haben, finanziell oder anderweitig zu unterstützen?

Die branchenoffene Förderung von Ausgründungsvorhaben aus der Wissenschaft über das Förderprogramm EXIST fördert regelmäßig auch Vorhaben, die direkt oder indirekt dem Schutz der Meere dienlich sind.

19. Welche globalen, bilateralen, plurilateralen und multilateralen Projekte im Bereich des Meeresschutzes werden aktuell durch die Bundesregierung durchgeführt und gefördert (bitte nach Projekten und zuständigen Ministerien bzw. Ämtern aufschlüsseln)?

Das BMU bietet das Förderprogramm „Marine Debris Framework – Regional hubs around the globe“ (Marine:DeFRAG) an.

Im Folgenden werden die einschlägigen Projekte im Einzelnen aufgeführt.

Ressort	Projekt
BMU	Angepasstes Management von Ökosystemen zum Schutz vor Küstenerosion in einem sich ändernden Klima Zuwendungsempfänger: KfW Entwicklungsbank
BMU	Nachhaltige Sicherung der Küstenschutzfunktion durch Erhalt der Biodiversität in den von Taifunen betroffenen Küstenökosystemen der Philippinen Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Ökosystembasierte Anpassungsmaßnahmen für integriertes Küsten- und Meereszonenmanagement Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Minderung und Anpassung durch den Erhalt und die Förderung nachhaltiger Lebensgrundlagen in Indonesiens Torf- und Mangrovenökosystemen Zuwendungsempfänger: Conservation International (CI)
BMU	Schutz und Integriertes Management von Meeres- und Küstenbiodiversität (TerraMar) Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Schutz von Küstenzonen in Kolumbien Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Marine Biodiversität und Unterstützung von Küstengemeinden in Sulawesi/ im Korallendreieck Zuwendungsempfänger: KfW Entwicklungsbank
BMU	Anpassung an den Klimawandel in der Karibik: Die EbA-Fazilität Zuwendungsempfänger: KfW Entwicklungsbank
BMU	Resilient Islands by Design: Integration von Ökosystem- und Gemeinde-basierten Ansätzen zur verbesserten Anpassung an den Klimawandel in der Karibik Zuwendungsempfänger: The Nature Conservancy (TNC) – International

Ressort	Projekt
BMU	Klimaintelligentes Management von Meeresschutzgebieten und Küsten im Mesoamerikanischen Riff Zuwendungsempfänger: World Wildlife Fund (WWF) Deutschland
BMU	Unterstützung von Fischerei abhängigen Gemeinden zur Implementierung von Ökosystem-basierten Anpassungsmaßnahmen durch verbessertes Management der Küstenfischerei zur Nahrungs- und Einkommenssicherung Zuwendungsempfänger: Rare
BMU	Schutz und nachhaltige Nutzung der Meeresbiodiversität der marinen Ökoregion Benguelastrom Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Kapazitätsaufbau für verbessertes Küsten- und Meeresmanagement in Westafrika (Mami Wata Projekt) Zuwendungsempfänger: GRID-Arendal
BMU	Schutz der Biodiversität, von Seegrasökosystemen und deren Umweltdienstleistungen – Ernährungssicherung und Sicherung der Resilienz von vulnerablen Küstengemeinden in einem sich ändernden Klima Zuwendungsempfänger: Secretariat of Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals (CMS) – Abu Dhabi, United Nations Environment Programme (UN Environment) – United Arab Emirates
BMU	Stärkung des küstennahen Biodiversitätsschutzes und -managements durch Schutz und Rehabilitierungsanreize für küstennahe Kohlenstoffsinken in Pazifischen Inselstaaten Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	LEAP – Locally Empowered Areas of Protection im West Indischen Ozean Zuwendungsempfänger: International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN) – Eastern and Southern Africa Regional Office
BMU	Die Stärkung der Blue Economy im West Indischen Ozean Zuwendungsempfänger: The Nature Conservancy (TNC) – International
BMU	Blue Solutions – Umsetzung des Strategischen Plans der CBD im Bereich Erhalt und Wiederherstellung von Meeres- und Küstenökosystemen Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Global Ocean Biodiversity Initiative (GOBI) Zuwendungsempfänger: Seascope Consultants Ltd – United Kingdom
BMU	Weniger Meeressmüll in Vietnam Projekt: Mitigating Marine Plastic Debris in Vietnam Zuwendungsempfänger: World Wildlife Fund (WWF) Deutschland
BMU	Verhinderung von Meeressmüll in der Karibik Projekt: Prevention of Marine Litter in the Caribbean Sea (PROMAR) – Promoting Circular Economy Solutions in the Dominican Republic, Costa Rica and Colombia Zuwendungsempfänger: adelphi research gemeinnützige GmbH
BMU	Weniger Meeressmüll im Indischen Ozean Projekt: Circular Economy Solutions Preventing Marine Litter in Ecosystems (CES) Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
BMU	Weniger Meeressmüll im Indischen Ozean Projekt: Cities Combatting Plastic Entering the Marine Environment (CCP) Zuwendungsempfänger: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ressort	Projekt
BMU	Beitrag der nachhaltigen Abfallwirtschaft im Tourismus zum Schutz der Meeresökosysteme Zuwendungsempfänger: Universität Rostock
BMVI	Zur Erforschung und zum Monitoring des Zustands der Meere ist das BMVI über das BSH am weltweiten ARGO-Programm und am Projekt der Nordseeanrainerstaaten zur Unterwasserschallmessung Joint Monitoring Programme for Ambient Noise North Sea (JOMOPANS) beteiligt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.